Hausbesetzung und Mietstreik : zur Selbstorganisation der städtischen Bevölkerung

Autor(en): **Evers, Adalbert / Rodriguez-Lores, Juan**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 3: **Wohnungsbau = Logements**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-47799

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Immer wieder wird von Hausbesetzungen und Protestaktionen seitens mehr oder minder organisierter Mietergruppen berichtet. In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die Grossstädte in den letzten Monaten Schauplatz mehrerer derartiger Aktionen, die zu Strassenschlachten führten. Frankfurt wurde sogar als die «terrorisierte Stadt» bezeichnet. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Form und Ziel dieser Initiativen. Sind sie als strategische Aktionen eines organisierten Kampfes gegen die stets steigenden Mietpreise und die andauernde Vernichtung von Wohnraum in den Städten zu verstehen, oder bezwecken die Manifestationen der aktiven Mietergruppen, eine breite Öffentlichkeit auf das tatsächlich vorhandene Wohnungsproblem aufmerksam zu machen?

Nachfolgend setzen sich Adalbert Evers und Dr. Juan Rodriguez-Lores, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Planungstheorie der TH Aachen, mit dem Sachverhalt in der BRD auseinander, und sie legen ihren Standpunkt zu Hausbesetzung und Mietstreik dar. Red.

Hausbesetzung und Mietstreik

Zur Selbstorganisation der städtischen Bevölkerung

Von Adalbert Evers und Juan Rodriguez-Lores

Auseinandersetzungen um die Wohnungsfrage begleiten die Entwicklung aller kapitalistischen Industriegesellschaften. So viele sozialreformerische Heilmittel von seiten des Staates auch erdacht und angewandt wurden, welches Ausmass an Mietschutzgesetzen, auf die Beseitigung der Wohnungsnot gerichteter staatlicher Politik Arbeiterparteien und Gewerkschaften auch immer durchgesetzt haben mögen: gerade in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zeigt sich heute, dass die Wohnungsfrage einen der wichtigsten Kristallisationspunkte sozialer Konflikte bildet. Auch und gerade die genossenschaftliche Selbstorganisation erwies sich hier, in der BRD, als untaugliches Heilmittel: «Gemeinnützige» und gewerkschaftseigene Unternehmen konnten nur auf dem Wege der Anpassung an die Gesetzlichkeiten des Marktes und an das Geschäftsgebaren des gewöhnlichen Unternehmers eine bedeutende Stellung in der Wohnungsproduktion erringen. Ihr ursprünglicher Charakter verstellte sich zur Unkenntlichkeit. Dem Wohnungsuchenden und Mietezahlenden sind sie ebenso feindliche Macht wie jede andere Baugesellschaft. Es stellen sich drei Fragen:

Was macht die Wohnungsfrage heute – insbesondere in der BRD – zu einem Kristallisationspunkt sozialer Konflikte?

Welche Formen der Auseinandersetzung dominieren, und warum Hausbesetzung und Mietstreik?

Was kann über die besonderen Bedingungen und die Perspektiven dieser Wohnungskämpfe ausgesagt werden?

Die besondere Bedeutung der Wohnungsfrage und deren objektive Grundlage

Die Wohnung als Gebrauchswert, Mietwohnung für den überwiegenden Teil der Bevölkerung, Gegenstand ihrer gesellschaftlichen Interessen, gehört zu den unentbehrlichen und wichtigsten Mitteln der Lebensführung. Dieselbe Wohnung ist für Grundbesitzer, Finanziers und Produzenten Tauschwert, Gegenstand beschränkter und konkurrierender Privatinteressen an der Erzielung von Rente, Profit und Zins auf Boden und vorgeschossenes Kapital. In dieser gegensätzlichen Bestimmung liegt die eigentliche Bedeutung des Wohnungsproblems. Alle gegenwärtigen Erscheinungen dieses grundlegenden Widerspruchs bewegen sich um zwei zentrale Punkte: die Mietkosten der Wohnung sowie die Verknappung und Vernichtung von Wohnraum im Prozess der Stadtentwicklung.

«Wohnen» wurde in der BRD im Verlauf der letzten Jahre für die breite Masse der Bevölkerung zum wohl bedeutendsten Faktor der Teuerung. Nimmt man einmal das Statistische Jahrbuch für die BRD, dann lässt sich anhand der Preisindizes für die Lebenshaltungskosten errechnen, dass seit 1962 der Index für Wohnungsmieten um ungefähr das 1½fache stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten insgesamt. Drei Gründe für diese überproportionale Teuerung (und folglich die Verschärfung des Wohnproblems) sind hier vor allem massgebend:

a) Nicht nur in der unmittelbaren Nähe städtischer Zentren sind die Kosten für den Grunderwerb unter den Bedingungen des *privaten Grundbesitzes* steil angestiegen. Ihr Einfluss auf die Wohnungsmieten kann nicht pauschal bestimmt werden, ein allgemeines Urteil kann jedoch gefällt werden über die Bedeutung des feudalen Relikts «privates Grundeigentum» auf die Wohnungsqualität: Wohnen in der Nähe des Stadtzentrums wird zum Privileg einer begüterten Oberschicht; Arbeiter und Angestellte finden nur noch am Stadtrand Wohnungen zu Mietkosten, die sie bezahlen können.[1]

b) Im Sektor der *Bauproduktion* ist in fast allen kapitalistischen Ländern die Industrialisierung auf einem niedrigen Stand geblieben; die unterdurchschnittliche Entwicklung der Produktivität der Arbeit ergibt hier überdurchschnittlich steigende Produktionspreise für die Ware Wohnung. Die reinen Baukosten pro m² Wohnfläche stiegen in der BRD von 423 DM im Jahre 1961 auf 973 im Jahre 1973.[2] Doch auch eine rasche Entwicklung der Technik führt unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise nicht linear zu sinkenden Kosten; Gewinne durch Produktivitätssteigerung müssen in vielen Fällen nicht weitergegeben werden.[3]

c) Der Kredit durch das *Bankkapital*, sei er als langfristiger Realkredit oder sei er in der Form kurzfristiger Zwischenfinanzierung gegeben, spielt für die Finanzierung der Bauproduktion und damit auch der Wohnbauten eine besondere Rolle; wenn er wie in der BRD zwischen 60 und 80% der Finanzierungssumme ausmacht, dann haben schon geringe Steigerungen des Zinssatzes für als Kredit entliehenes Bankkapital enorme Auswirkungen auf die Kosten der Miete. Eine nur einprozentige Zinserhöhung lässt in der BRD die Mieten im Schnitt um 0,30 DM/m² ansteigen.[4]

Mit dem schrittweisen Abbau dessen, was man offiziell als «staatliche Wohnungszwangswirtschaft» wertete, und der zunehmenden Produktion für einen freien, anonymen Markt ergibt sich die vom Standpunkt gesellschaftlicher Vernunft sinnwidrige Entwicklung der Gleichzeitigkeit der Überproduktion von Luxus- und Eigentumswohnungen und des Fehlens von sozialen Wohnungen für die Massenbedürfnisse. So existierte 1974 ein Überangebot an 30000 Wohnungen bei sich steigernder Wohnungsnot. Allein in Frankfurt, dort, wo die Kämpfe um Wohnraum und Miete am meisten eskalieren, stehen 10000 Wohnungen leer, während über 11000 Frankfurter einen Antrag auf die Zuweisung einer Sozialwohnung stellten. Interessen an der Vermehrung privaten Eigentums durch Wohnungsproduktion und -vermietung treten hier in offenen Widerspruch zu den gesellschaftlichen Lebensinteressen auf Wohnen und Wohnung.

In der Situation, in der billiger Wohnraum fehlt, die Mietkosten für den grössten Teil der gegenwärtigen Wohnbauproduktion kaum mehr bezahlbar sind, wird im Zuge gegenwärtiger Stadtentwicklung gerade billiger Wohnraum im grossen Stil vernichtet. Altbauviertel mit niedrigen Mieten sind Gegenstand von «Sanierung», während die Ausdehnung der Bank- und Handelskapitale in der City Haus- und Grundbesitzer immer dann veranlasst, den Wohnstand verfallen zu lassen und endlich abzureissen, wenn die Steigerung der Grundrente, vermittelt über Lagevorteile, nicht mehr durch Mietsteigerungen bei Wohnungen zu realisieren ist. Einkaufszentren und Bürobauten treten bei dieser ersten Form der «Sanierung» als «Funktionsschwächesanierung» mit oder ohne Hilfe eines staatlichen Sanierungsplans an die Stelle billigen Wohnraums. In den wohl selteneren Fällen, bei denen auf kommunale Initiative mit staatlicher Unterstützung Altbauten durch neue Wohnbauten ersetzt oder modernisiert werden sollen, ergeben sich Preissteigerungen, die gerade von den ökono-

[1] R. Neef, «Die Bedeutung des Grundbesitzes in den Städten», Kursbuch, 27/1972

[2] Laut Spiegel, 41/1974, S. 73

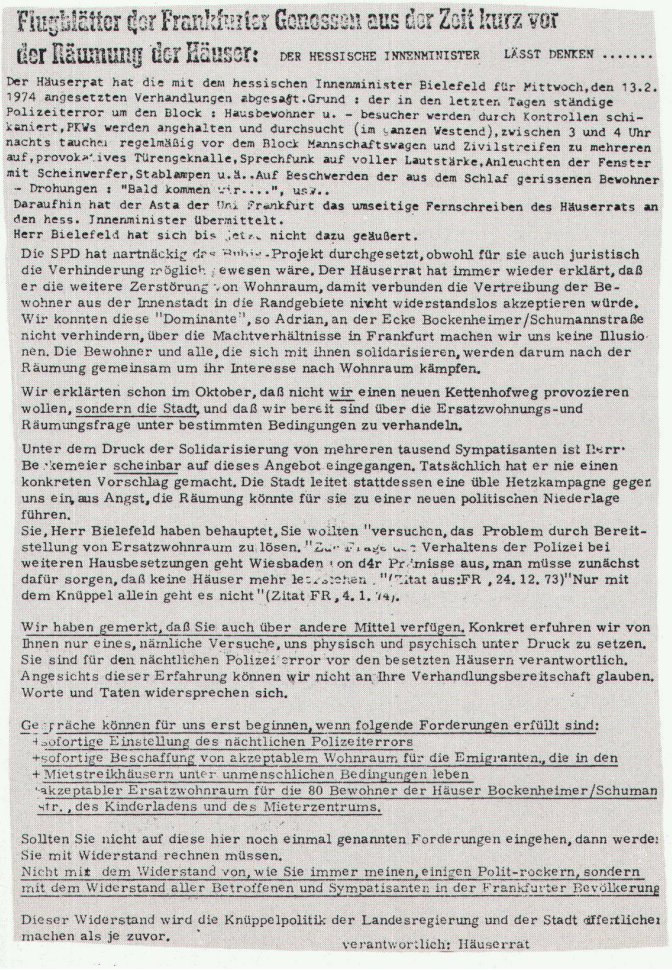
[3] R. Petzinger/S. Kraft, «Baukrise 73/74», Arch +, 22/1974

[4] G. Jonas, «Mietkalkulation und Mietentwicklung im Wohnungsbau», Arch +, 19/1973

misch Schwächsten (Rentnern, einfachen Arbeitern) nicht aufgebracht werden können. In allen Fällen wird so in einer Sanierung «Wohnungselend» beseitigt, das an anderer Stelle neu entsteht. Während sich im Zuge gegenwärtiger Stadtentwicklung der billigere Wohnraum verringert, wächst gleichzeitig die Zahl derjenigen, die nichts als den Wohnraum unterster Preisklassen bezahlen können. Denn auch in der BRD ist die Ära des ökonomischen Booms vorbei, und in der sich anbahnenden Phase von Krisenentwicklungen gibt es nicht mehr die Lohnsteigerungen, die Mietsteigerungen kompensieren oder mildern könnten.

Doch nicht nur die Wohnungsnot, auch die Bedingungen ihrer Bekämpfung und möglichen Aufhebung bilden sich in demselben Prozess. Die sich vollziehende Auflösung und Zerstörung alter städtischer Strukturen ist zugleich der Prozess der Zusammenballung der Wohnenden im grossen Stil, der Segregation von gehobenen Wohnvierteln auf der einen, von grossen Mietwohnungsvierteln auf der anderen Seite. Die Zentralisation und Konzentration des Kapitals in der Bauproduktion macht einige wenige grosse Gesellschaften zu den Besitzern ganzer Stadtteile. Wo sich früher viele individuelle Kauf- und Vertragsverhältnisse zwischen Mietern und Vermietern fanden, werden jetzt gleiche Wohn- und Mietbedingungen geschaffen. Gemeinsame Interessenlagen können entstehen; diese und kollektive Lebensbedingungen werden konfrontiert mit wenigen Privatinteressen auch ausserhalb der grossen Wohnviertel überall da, wo sich der städtische Funktionswandel nicht mehr fallweise und schleichend, sondern als geplante Sanierung in grossem Massstab unter staatlicher Hilfe vollziehen soll. Eine Instanz, die Kommune oder die von ihr beauftragte Gesellschaft, hat sich mit einem Sanierungsplan schnell Tausende von Opponenten geschaffen.

Nicht von ungefähr brechen also zuerst in den von grossen Gesellschaften kontrollierten Wohnarealen und den Sanierungsvierteln die ersten autonomen Formen des Widerstandes auf. Sie konzentrieren sich um die Fragen der Verteuerung und Vernichtung von Wohnraum.



Flugblätter der Frankfurter Genossen aus der Zeit kurz vor der Räumung der Häuser: DER HESSISCHE INNENMINISTER LÄSST DENKEN .....

Der Häuserrat hat die mit dem hessischen Innenminister Bielefeld für Mittwoch, den 13.2. 1974 angesetzten Verhandlungen abgesagt. Grund : der in den letzten Tagen ständige Polizeiterror um den Block : Hausbewohner u. - besucher werden durch Kontrollen schikaniert, PKWs werden angehalten und durchsucht (im ganzen Westend), zwischen 3 und 4 Uhr nachts tauchen regelmäßig vor dem Block Mannschaftswagen und Zivilstreifen zu mehreren auf, provokatives Türengeknalle, Sprechfunk auf voller Lautstärke, Anleuchten der Fenster mit Scheinwerfer, Stablampen u.ä..Auf Beschwerden der aus dem Schlaf gerissenen Bewohner - Drohungen : "Bald kommen wir....", usw..
Daraufhin hat der Asta der Uni Frankfurt das umseitige Fernschreiben des Häuserrats an den hess. Innenminister übermittelt.
Herr Bielefeld hat sich bis jetzt nicht dazu geäußert.

Die SPD hat hartnäckig das Rubin-Projekt durchgesetzt, obwohl für sie auch juristisch die Verhinderung möglich gewesen wäre. Der Häuserrat hat immer wieder erklärt, daß er die weitere Zerstörung von Wohnraum, damit verbunden die Vertreibung der Bewohner aus der Innenstadt in die Randgebiete nicht widerstandslos akzeptieren würde. Wir konnten diese "Dominante", so Adrian, an der Ecke Bockenheimer/Schumannstraße nicht verhindern, über die Machtverhältnisse in Frankfurt machen wir uns keine Illusionen. Die Bewohner und alle, die sich mit ihnen solidarisieren, werden darum nach der Räumung gemeinsam um ihr Interesse nach Wohnraum kämpfen.

Wir erklärten schon im Oktober, daß nicht wir einen neuen Kettenhofweg provozieren wollen, sondern die Stadt, und daß wir bereit sind über die Ersatzwohnungs-und Räumungsfrage unter bestimmten Bedingungen zu verhandeln.

Unter dem Druck der Solidarisierung von mehreren tausend Sympatisanten ist Herr Bekemeier scheinbar auf dieses Angebot eingegangen. Tatsächlich hat er nie einen konkreten Vorschlag gemacht. Die Stadt leitet stattdessen eine üble Hetzkampagne gegen uns ein, aus Angst, die Räumung könnte für sie zu einer neuen politischen Niederlage führen.
Sie, Herr Bielefeld haben behauptet, Sie wollten "versuchen, das Problem durch Bereitstellung von Ersatzwohnraum zu lösen. "Zur Frage des Verhaltens der Polizei bei weiteren Hausbesetzungen geht Wiesbaden von der Prämisse aus, man müsse zunächst dafür sorgen, daß keine Häuser mehr besetzt werden."(Zitat aus:FR , 24. 12. 73)"Nur mit dem Knüppel allein geht es nicht"(Zitat FR , 4. 1. 74).

Wir haben gemerkt, daß Sie auch über andere Mittel verfügen. Konkret erfuhren wir von Ihnen nur eines, nämliche Versuche, uns physisch und psychisch unter Druck zu setzen. Sie sind für den nächtlichen Polizeiterror vor den besetzten Häusern verantwortlich. Angesichts dieser Erfahrung können wir nicht an Ihre Verhandlungsbereitschaft glauben. Worte und Taten widersprechen sich.

Gespräche können für uns erst beginnen, wenn folgende Forderungen erfüllt sind:
+sofortige Einstellung des nächtlichen Polizeiterrors
+sofortige Beschaffung von akzeptablem Wohnraum für die Emigranten., die in den
+Mietstreikhäusern unter unmenschlichen Bedingungen leben
+akzeptabler Ersatzwohnraum für die 80 Bewohner der Häuser Bockenheimer/Schuman str., des Kinderladens und des Mieterzentrums.

Sollten Sie nicht auf diese hier noch einmal genannten Forderungen eingehen, dann werden Sie mit Widerstand rechnen müssen.
Nicht mit dem Widerstand von, wie Sie immer meinen, einigen Polit-rockern, sondern mit dem Widerstand aller Betroffenen und Sympatisanten in der Frankfurter Bevölkerung

Dieser Widerstand wird die Knüppelpolitik der Landesregierung und der Stadt öffentlich machen als je zuvor.

verantwortlich: Häuserrat

Formen der Miet- und Wohnkämpfe in der BRD

Die Auseinandersetzung um Mieten und Wohnung in der BRD und in anderen Ländern etwa seit Mitte der sechziger Jahre ist nur ein – wenn auch zentraler – Teil städtischer Initiativen. In diesem Zusammenhang entwickelten sich: Aktionen gegen die Lebensdepravierung unter den gegebenen Stadtentwicklungsverhältnissen (Mieterwiderstand gegen hohe Miete und Mieterselbsthilfe in der Gestaltung der sozialen Infrastruktur, zum Beispiel: Berlin, «Märkisches Viertel»), Aktionen gegen die Verteuerung und Erschwerung der Reproduktion der Arbeitskraft durch die öffentlichen Verkehrsmittel (Null-Tarif-Aktion in Hamburg, Aktion «Roter Punkt» im Ruhrgebiet). Am brisantesten trat der Wohnungs- und Mietkampf dort auf, wo mit der geplanten Vernichtung von Wohnraum in der «Stadtsanierung» die augenfälligsten Zeichen der Irrationalität der gegenwärtigen Stadtentwicklung gesetzt wurden, oder dort, wo in grösseren homogenen Vierteln gleiche Bedingungen und vielfache Betroffenheit bei einer Massnahme herrschten. Im folgenden werden wir uns grundsätzlich auf den Fall Frankfurt beziehen.

Getragen wurde die Auseinandersetzung zunächst vor allem von denjenigen, die am meisten unter dem Wohnungselend zu leiden hatten, zugleich aber am ehesten zu einem Handeln ausserhalb der Alltagsnormalität bereit waren: Im Oktober 1970 wenden sich Studenten aus der ehemaligen Studentenbewegung den Familien in Obdachlosensiedlungen und den in kleinem, ungesundem und teurem Raum zusammengepferchten Gastarbeitern zu. Ein Haus wird besetzt. Diese erste Hausbesetzung blieb, verglichen mit den folgenden, noch teilweise unbeachtet; einige wurden zunächst toleriert. So erschienen die Frankfurter Hausbesetzungen gleichsam als Modelle, die man in vielen Städten der BRD zu verwirklichen trachtete. Nirgendwo eskalierten die Konflikte dann jedoch auf so breiter Front wie in Frankfurt, nirgendwo sind sie so dokumentiert, und nirgendwo wurde so eine Kampfsituation geschaffen, die die Überwindung (bis jetzt freilich nur auf dem Niveau der Theorie) der ersten Unmittelbarkeit des Wohnungskampfes ermöglichte. Die Räumung eines von Studenten später besetzten Hauses im Grüneburgweg und die seit Ende 1971 daran anknüpfende Kette von Neubesetzungen durch Studenten und Gastarbeiter einerseits und die eskalierende Gegengewalt der Behörden andererseits zeigte neue, objektive Momente des Wohnungskampfes:
– Die Wohnungskämpfe sind eine direkte und indirekte Negation der gegenwärtigen Organisation der Stadt, der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Machtstrukturen, durch die die Stadt geprägt wird, und stehen daher mit jeder Verweigerung einer Mietzahlung, jedem Schritt in eine aus Spekulationsgründen leerstehende Wohnung an der Grenze der herrschenden Legalität, ja stellen wahrscheinlich diese in Frage.
– Mietkosten sind wie andere Gegenstände städtischer Auseinandersetzung (zum Beispiel die Preise öffentlicher Verkehrsmittel, die Ausstattung der sozialen Infrastruktur usw.) Teile der Reproduktionskosten der Arbeitskraft.

Diese objektiven Momente haben wohl das Bewusstsein der «Avantgarde» der einen wie der anderen Seite des Kampfes ideologisch mitgestaltet, sie konnten jedoch der gesellschaftlichen Praxis der Hausbesetzungen und Mietstreiks bisher kaum eine neue Qualität geben. Von den hier zu nennenden Gründen betrifft der eine besonders die deutsche Situation, während der andere der allgemeinen Struktur des Wohnungskampfes überall eigen ist.

Das erste Moment, in dem die gesellschaftliche Logik des Wohnungskampfes sich entfaltet, hat als Blockierungsinstrument des Kampfes selbst gewirkt. Wird man im Zusammenhang mit der Wohnfrage dazu gezwungen, die eigenen Interessen etwa durch die Verweigerung der Mietzahlung selbst zu vertreten, dann sind die faktischen legalen Spielräume für eine derartige eigene Interessendurchsetzung sehr gering. Mietwohnen erscheint nicht als Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung, sondern als ein Handel, dessen Geschäftsbedingungen genau festgelegt sind. Wenn es zwischen den «Geschäftspartnern» Streitigkeiten gibt, dann beansprucht der Staat unmittelbar die Schiedsrichterrolle nach juristischen Regelungen. Es ergibt sich so, dass Mietverweigerungen und Hausbesetzung anders oder doch ungleich rascher als Arbeitsverweigerung und Betriebsbesetzung in einem zunächst ungewissen Verhältnis zur Legalität, an ihrem Rande oder gar ausserhalb der Legalität stehen. Mangels eines starken und gesellschaftlich stabilen

Aus «FAZ» vom 25. 2. 74

Genscher nennt Frankfurter Straßenschlachten eine Herausforderung des Rechtsstaats

Zwanzig Polizisten und zahlreiche Demonstranten verletzt / Dregger: Hochburg des Terrors

– t. k. FRANKFURT, 24. Februar. Bei blutigen Straßenschlachten in der Frankfurter Innenstadt sind am Wochenende mehr als 20 Polizisten und eine noch unbekannte Zahl von Demonstranten zum Teil erheblich verletzt sowie bisher nicht zu übersehende Schäden an Gebäuden und abgestellten Autos angerichtet worden. Zu dem bürgerkriegsähnlichen Zustand kam es zwei Tage nach der polizeilichen Räumung von besetzten Häusern im Frankfurter Westend, bei der es ebenfalls harte Zusammenstöße gegeben hatte. Bundesinnenminister Genscher sagte in Bonn, mit der Anwendung des im Grundgesetz verbrieften Demonstrationsrechts hätten die Vorfälle nichts mehr zu tun. Die Gewaltakte seien „eine Herausforderung an den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat". Der Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dregger, nannte Frankfurt eine „Hochburg des Terrors". Die SPD-Landtagsfraktion wurde für Dienstag zur Beratung der Situation nach Frankfurt einberufen.

Der hessische Innenminister Bielefeld hat auf die schweren Unruhen mit der Ankündigung reagiert, er werde dem Kabinett Vorschläge zur Verbesserung der Polizeiausrüstung unterbreiten. Bielefeld denkt an ein Sofortprogramm in Höhe von fünf Millionen Mark. Für dieses Geld sollen moderne Wasserwerfer und andere Einsatzfahrzeuge angeschafft werden. Die Frankfurter Polizei war nach Angaben ihres Präsidenten Müller auch personell nicht stark genug, um den mit äußerster Brutalität handelnden Gruppen radikaler Demonstranten zu begegnen.

Gegen Ende einer Demonstration, für deren friedlichen Verlauf der Allgemeine Studentenausschuß der Frankfurter Universität garantiert hatte, kam es im Stadtteil Westend zu einer blutigen Straßenschlacht, in deren Verlauf rund zwanzig Polizeibeamte und eine mindestens ebenso große Anzahl von Demonstranten verletzt wurden. Am Samstagabend, nachdem sich die Lage in der bis dahin von kleineren Störgruppen durchzogenen Stadt beruhigt hatte, wurde das Gebäude des AStA auf dem Universitätsgelände von der Schutzpolizei abgeriegelt und von Kriminalbeamten durchsucht. Dabei wurden eine Pistole, mehrere Messer, ein Bajonett, ein Sprechfunkgerät, einige Helme und Schlagwaffen gefunden. Etwa 180 Personen wurden wegen des Verdachts, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben, vorläufig festgenommen, darunter auch der AStA-Vorsitzende Krawinkel.

In der Nacht zum Sonntag zerrten Polit-Rocker in vielen Teilen der Stadt Müllcontainer auf die Straße und steckten sie in Brand. Über eine Hauptverkehrsstraße in der Nähe der Universität wurde ein Wäscheseil mit daran befestigten Flaschen gespannt. Die Scheibe eines Privatwagens ging durch diese Autofalle zu Bruch.

Am Sonntagvormittag nahm die Polizei 36 junge Leute fest, die sich, bewaffnet mit Schlagstöcken und Fahrradketten, zusammenrotteten. Diese Rocker waren aus Essen und Gelsenkirchen angereist.

Den Ausschreitungen und Terrorakten war eine Demonstration vorausgegangen, die sich gegen die am Donnerstag letzter Woche vollzogene Räumung von vier besetzten Häusern im Westend richtete. Etwa viertausend Demonstranten zogen am Samstag zunächst friedlich durch die Innenstadt. Nach etwa einer Stunde ereigneten sich dort jedoch die ersten Zwischenfälle, als eine gut überschaubare Gruppe von zum Teil maskierten Radikalen Steine gegen die Fenster von Banken, der Industrie- und Handelskammer, des Wohnungsamtes und einiger leerstehender Neubauten warfen. (Fortsetzung Seite 4.)

Die Polizei griff hier jedoch nicht ein. Polizeipräsident Müller erklärte, die zur Verfügung stehenden 420 Beamten hätten nicht ausgereicht, um in der unübersichtlichen Innenstadt den Demonstrationszug aufzulösen.

Zu einer plötzlichen Eskalation der Gewalt kam es am frühen Nachmittag, als der Demonstrationszug die Ecke Bokkenheimer Landstraße/Schumannstraße erreichte. Dort stand ein Wasserwerfer und eine Gruppe von zwanzig Polizeibeamten. Sofort wurden diese Beamten mit Steinen und Brocken zerschlagener Gehwegplatten beworfen. Einige Polit-Rocker kletterten auf den Schuttberg der Häuser, mit deren Abbruch unmittelbar nach der Räumung am Donnerstag begonnen worden war, und schleuderten von oben lebensgefährliche Wurfgeschosse. Zwei Polizisten, die während der nun folgenden Auseinandersetzungen von ihrer Gruppe abgedrängt worden waren, wurden von einer fünfzig Mann starken Gruppe brutaler Schläger umringt, zu Boden geschlagen und mit Steinen traktiert. Neun Beamte in Zivil, die ihren Kollegen helfen wollten, wurden zusammengeschlagen und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Der Polizeiarzt, der die Wunden versorgte, schloß nach der Art der Verletzungen, daß sie mit eisenbewehrten Stöcken oder Metallstangen beigebracht worden waren. Zwei Polizeibeamten wurden während der Schlägerei ihre Pistolen abgenommen.

Polizeipräsident Müller hat den Beamten, die sich in einer lebensgefährlichen Situation befunden hätten, dafür gedankt, daß sie trotz der Berechtigung dazu nicht von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hätten. Die zusammengeschlagenen Polizisten, die zu einem uniformierten Zug gehören, sagten, sie hätten noch nie in ihrem Leben eine derartige Brutalität zu spüren bekommen wie von den Polittragern. „Die wollten uns kaputtmachen", berichtete einer.

Die Polizeiführung in Frankfurt hatte noch am Freitag um Verstärkung aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz gebeten. Doch erhielt man von dort die Auskunft, die verfügbaren Kräfte seien durch die Karnevalstage gebunden. Nach Auskunft von Müller war auch erwogen worden, Einheiten des Bundesgrenzschutzes anzufordern. Dies ist nach dem Grundgesetz dann möglich, wenn die Polizei aus personellen Gründen nicht mehr in der Lage ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu garantieren. Doch trotz des grundsätzlichen Einverständnisses Bielefelds, der diese Kräfte bei Innenminister Genscher in Bonn hätte anfordern müssen, wurde dieser Plan fallengelassen.

AStA-Vorsitzender Krawinkel blieb am Sonntag ebenso wie 23 andere am Vortag festgenommene Studenten in Polizeigewahrsam.

Trägers des Wohnungskampfes war eine breite passive Solidarität der Bevölkerung zusammen mit der Furcht kommunaler staatlicher Instanzen, sie würden sich gegenüber dieser Bevölkerung bei der Ausübung herrschenden Rechtes durch gewaltsames Eingreifen ins Unrecht setzen, Vorbedingung für einen zeitweisen Erfolg von Hausbesetzungsaktionen. Fehlte diese passive Solidarität, die öffentliche Aufmerksamkeit, dann waren Hausbesetzungen sofort zum Scheitern verurteilt.

Obwohl von der inneren Logik des Lebenszusammenhanges her Miethöhe und Lohnhöhe, Arbeits- und Wohnstätten, Arbeits- und Wohnbedingungen zusammenhängen, hat sich dieser Zusammenhang noch nicht in praktischen Aktionen der Arbeiter hergestellt. Weder sie noch die gewerkschaftlichen Organisationen nahmen an den Auseinandersetzungen um Miete und Wohnraum dominierenden Anteil. Ein Grund dafür kann in der notgedrungenen sozialen Zusammensetzung des Subjektes der Aktion und in der so entwickelten Struktur gesellschaftlichen Handelns im Anfangsstadium des Wohnungskampfes liegen. Wenn die Arbeiter sich an einem Mietstreik beteiligen, dann eher als «Mieter», bei Hausbesetzungen blieben sie allermeist sympathisierende, aber auch skeptische Zuschauer. Auf der Seite der Gewerkschaftsorganisationen gab und gibt es deklamatorische, aber so gut wie keine praktischen Alternativen.

Probleme und Perspektiven

Die eben angedeuteten Kämpfe haben einen exemplarischen Charakter beansprucht. Es lässt sich zunächst feststellen, dass sie – bezogen auf den unmittelbaren Gegenstand der Auseinandersetzung: eine niedrigere Miete, das Recht auf Wohnraum – fast immer mit einer Niederlage geendet haben.

In fast allen Fällen, wo Gruppen und Familien einen Mietstreik unternommen haben, hat sich die Mietjustiz auf die Seite der Vermieter geschlagen – in 145 von 150 Fällen allein in Frankfurt.[5]

Unter den ungelösten Problemen ist zunächst die Organisationsfrage zu nennen. Gleichzeitig mit der Eskalation der Gewalt fällt unmittelbar ins Auge die oft vertretene Strategie der bewussten exemplarischen Überschreitung der herrschenden legalen Grenzen. Bestimmte politische Gruppen haben eine Politisierung von aussen und eine verbale Radikalisierung und politische Ausweitung der Bewegung versucht. Wo das geschah, entstand eine Kluft zwischen dem effektiven Kampfmoment und dem Verständnis der vielen einzelnen von den objektiven Zielen der Auseinandersetzung. Dies hatte negative Folgen für die Bewegung: einerseits war es der Reaktion leicht, das Kampfmoment dort durch das Angebot von einzelnen Lösungen zu unterlaufen, wo kein gemeinsames Bewusstsein des Niveaus der Ziele bestand; andererseits wurde dadurch das Bewusstsein des Konflikts nicht potenziert.

Es wäre aber wohl zu einfach und zu oberflächlich, allein innerhalb der Konflikte erfolgte polizeiliche Massnahmen für bestimmte Formen der Resignation und des Scheiterns vor unmittelbaren Zielen verantwortlich machen zu wollen. Denn auch die andere Ansicht, «den Kampf und die Interessen der Bevölkerung an der Basis aufzugreifen und zu artikulieren (durch) die Bildung weiterer Stadtteilgruppen und die Koordinierung bereits bestehender Gruppen zu einem Gesamtforum», hat ihrem Vertreter (dem «Häuserrat») bei der Bildung einer in den Massen bis ins einzelne ausgebauten Struktur, die den Kampf in allen seinen Phasen hätte kontrollieren und erweitern müssen, nicht weitergeholfen. In der Tat hat man die dominierende Tendenz zur Vermehrung von Gruppen, die nur äusserlich einheitliche Ziele verfolgen, aber ein unterschiedliches Niveau der Kräfte, der inneren Organisation und der politischen Ideologie haben, als faktisches Datum hingenommen. Und hier ist naturwüchsig der ursprüngliche Spontaneismus des Wohnungskampfes tief verankert; dieser objektive Spontaneismus lässt die Illusion entstehen, das Organisationsmoment sei mehr oder weniger ein Aggregationsprozess von einzelnen spontanen Kampfsituationen; doch er blockiert die Strategie des expliziten Ausbaus eines Netzes von Aktionskernen auf den verschiedenen städtischen Konfliktniveaus und die Dynamik der Bewegung selbst.

Ein weiteres ungelöstes Problem ist die Überwindung des sektorbeschränkten Charakters der Bewegung. In den bisherigen Formen sind Allianzen, Kooperation oder auch nur deutliches Verhalten der Arbeiterorganisationen nicht erreicht worden. Nun wäre es defaitistisch, zu warten, bis von dieser Seite eigene Aktionen unternommen würden, oder alles schon jetzt so einzurichten, dass es a priori im gewerkschaftlichen Zusammenhang verlaufen könnte. Aber Verbreitung des Widerstandes und perspektivistisches Verständnis des Miet- und Wohnungskampfes verlangen auch etwas mehr als neue Kopien der bisher als Hausbeset-

[5] Ch. Kremer, «Urteile des Amtsgerichts Frankfurt», Kritische Justiz, 1/1974

Aus «SZ» vom 27. 2. 74

Die Krawalle spalten Hessens SPD

Zwei Abgeordnete mißbilligen das Verhalten der Regierung und des Magistrats

Von unserer Frankfurter Redaktion

hls. **Frankfurt**, 26. Februar — **Die Gegensätze innerhalb der Frankfurter SPD bei der Beurteilung des Verhaltens der Demonstranten und des Polizei-Einsatzes bei den Unruhen am Karnevalswochenende wurden am Dienstag auch innerhalb der im Rathaus am Römer zu einer Sondersitzung einberufenen sozialdemokratischen Landtagsfraktion sichtbar. Die Fraktion stellte sich, nachdem sie vom Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt, Polizeipräsident Knut Möller (beide SPD) und Innenminister Bielefeld (FDP) über die Ereignisse informiert worden war, hinter die Landesregierung und die Erklärung des Magistrats. Außerdem dankte sie der Polizei für ihr Verhalten.**

Die beiden Frankfurter Landtagsabgeordneten Dorothee Vorbeck und Erich Nitzling stimmten jedoch gegen die Resolution, wobei Fraktionsvorsitzender Görlach als deren Motiv angab, der Akzent der Fraktionserklärung liege zuwenig auf dem Eintreten für gesellschaftliche Reformen, die die Mißstände etwa beim Bodenrecht anprangerten.

Fraktionskollegen äußerten dazu am Rande der Pressekonferenz, damit habe Görlach den Dissens innerhalb der Fraktion sehr vornehm ausgedrückt. Sowohl Nitzling als auch Frau Vorbeck gehören zu den links von Oberbürgermeister Rudi Arndt agitierenden Gruppierungen innerhalb der Partei, die gegenwärtig die Mehrheit des Parteitags stellen.

Görlach gab bekannt, daß er sich ursprünglich in seiner Fraktion für eine Einladung des AStA-Vorsitzenden Michael Krawinkel habe einsetzen wollen, damit dieser Gelegenheit zur Gegendarstellung habe. Als ihm aber Krawinkels Erklärungen vor der Presse am Montagabend bekanntgeworden seien und Krawinkel schon so getan habe, als bestünde die Einladung bereits, habe er darauf verzichtet, diesen Punkt in der Fraktion zu beantragen. Die Fraktion lehnte es schließlich auch ab, Krawinkel noch nachträglich zur Sitzung zu rufen.

In der Erklärung der SPD-Fraktion heißt es unter anderem, sie verurteile die Akte der Gewalttäter, die die Zerstörung der Verfassung und deren Institutionen zum Ziel hätten. Wer das von Sozialdemokraten und Gewerkschaften hart erkämpfte Demonstrationsrecht mißbrauche, indem er Gewalt ausübe, der habe das Toleranzfeld aller demokratischen Gruppierungen in diesem Land verlassen. „Chaotische Aktionisten" würden auf den verstärkten organisatorischen und politischen Widerstand der Sozialdemokraten in der Bevölkerung, den Parlamenten und in den Administrationen stoßen.

Der Konflikt könne nach Auffassung der Fraktion jedoch nicht nur mit polizeilichen Mitteln ausgetragen werden. Notwendig seien zum Beispiel gesellschaftliche Reformen, die die Mißstände beseitigten, die den anarchistischen Agitatoren den äußeren Anlaß für ihre Kampagne gäben. Nötig sei auch eine klare Abgrenzung der Alternativen aller demokratischen Gruppen an der Universität gegen Extremisten, insbesondere im Bereich der traditionellen und der neuen Linken, ein gezieltes Engagement von Parteien, Parlament und Regierung zur Verhinderung einer pauschalen Anti-Studenten-Welle.

zungen in Frankfurt demonstrierten Formen. Wir glauben, dass ein Bruch mit der bisherigen Praxis zu vollziehen ist.

An diesem Punkt kann es sich hier nicht darum handeln, ein bis ins Detail ausgearbeitetes und allgemeingültiges Schema politischer Praxis zu präsentieren, sondern vielmehr allein um den Versuch, das Problem neu zu formulieren. Bis jetzt musste die Frage der Organisation und die Frage der Überwindung des sektoralen Charakters des Kampfes innerhalb des spontan gebildeten Wechselspiels von passiver Solidarität und exemplarischer Aktion gestellt werden.

Hier führt dennoch kein Weg in die Richtung des von Mietstreikenden und Besetzern angestrebten Ziels eines massenhaften Handelns. Man sah, wie in keinem der Fälle von Hausbesetzung für die Sympathisanten am Strassenrand, für die fassungslosen Zuschauer bei der Zerstörung von Wohnraum und bei der brutalen Behandlung von Demonstranten ein Weg sichtbar wurde, ihre eigenen Wohn- und Mietprobleme so anzugehen, wie es ihnen hier vorexerziert wurde. Die Belastung am Arbeitsplatz, die Gefährdung der eigenen Lebenssituation, der Bruch mit etablierten Lebensgewohnheiten usw. blockierten den praktischen Identifikationsprozess.

Wir möchten hier nur die Vermutung äussern, dass der Kampf um Miete und Wohnraum, der immer im Schattenbereich oder an der Grenze der Legalität verläuft, nur dann perspektivisch sich ausweiten kann, wenn der massenhafte Charakter gleich am Anfang steht. Denn hier allein ist der neue objektive Rahmen gegeben, wo die Fragen der Organisation und der Sektoralität des Kampfes sich nicht mehr in Widerspruch zur praktisch laufenden Kampfform stellen. Das hiesse konkret, dass von vornherein solche Aktionsanlässe, -formen und -ziele gewählt werden müssten, die an der Stelle des Wechselspiels von exemplarischer Aktion und passiver Solidarität das gleichzeitige Handeln vieler erlaubten.

Bezogen auf die Aktionsanlässe mag das bedeuten: sie müssen so gewählt sein, dass für viele ein gleiches Problem vorhanden ist. Die Mieterhöhung in einem grossen Wohnviertel hat da viel mehr Bedeutung als der Abriss einiger weniger Wohnungen.

Bezogen auf die Aktionsformen mag das heissen: Forderungen nach Verhandlungen mit Mietgesellschaften, Einflussnahme auf Kommunalparlamente, Partizipation an der Planungspraxis der städtischen Bürokratie unterliegen sicher sehr oft am Ausgangspunkt reformerischen Illusionen, sie sind zugleich aber auch die Möglichkeit der Selbsterfahrung ihrer Grenzen und nicht schon per se «Irrwege», an denen vorbei es Abkürzungen wie die Verhandlungsverweigerung oder die bewusste und unmittelbare Verletzung der Legalität gäbe.

Bezogen auf die Ziele mag das bedeuten: sie müssen einfach und verbindend sein. Die Miethöhe und die Forderung nach Wohnerhaltung wird hier wichtiger als ein Plan der Quartiersverbesserung bis in die Details von Grundriss und Fassade, basierend auf undurchschaubaren, komplizierten juristischen und finanziellen Hilfsmitteln.

Sicher werden derartige andere Formen sehr viel bescheidener in Darstellung, Zielen und politischen Ansprüchen an die Beteiligten sein. Aber heute sind Kämpfe um Miete und Wohnung eben nicht von vornherein eine bewusste und ausgeprägte Negation der gegenwärtigen Stadt – zumindest nicht im Verständnis derer, die mit den unmittelbaren Zielen sympathisieren. Will man jedoch die sektorale Beschränkung, die spontanen Organisationsformen überwinden, Allianzen mit anderen sozialen Kräften eingehen, dann müssen mittlere und vermittelnde Formen und Ziele der Auseinandersetzung für eine von Anfang an breite Beteiligung gefunden werden, aus denen heraus eine ihre gegenwärtigen Kinderkrankheiten überwindende soziale Stadtbewegung entstehen kann. Praktisch wie theoretisch ist dafür noch viel zu tun.

Literaturhinweise

Allgemeine Literatur

– «Lokale Demokratie – Beteiligung der Bürger an der Planung.» Diskussion in: Arch +, 21/1974

– Autorenkollektiv: Bedingungen und Perspektiven von der Stadtteilarbeit, Offenbach 1974 (Verlag 2000, Vertrieb Sozialistisches Büro, Offenbach)

– «Im Dschungel der Städte», in: Neues Forum, 237–238/1973

Dokumentation

– Ch. Kremer: «Urteile des Amtsgerichts Frankfurt vom 20.9.1972 und 15.11.1973», in: Kritische Justiz, 1/1974

– «Der Häuserrat klagt an», in: Ästhetik und Kommunikation, 13

– Häuserrat/Asta Frankfurt (Hg.): Kettenhofweg-Dokumentation (erhältlich über die WWA-Redaktion, D-6 Frankfurt, c/o SC Postfach 4202)

– Dokumentation der ABG- und Hellerhofmieter über ihre Wohnsituation (Mieterräte von Bockenheim, Bornheim, Niederrad, Nordend, Gallus – 18.4.1973)

– Presse und Informationsamt der Stadt Frankfurt (Hg.): Dokumentation zum Polizeieinsatz um das Haus Kettenhofweg 51

– «Zum Häuserkampf», in: SDS-Extra, 2/1974

– Autorengruppe: Märkisches-Viertel-Zeitung, Stadtteilzeitung, Dokumente und Analysen zur Stadtteilarbeit, Hamburg 1974

– Wir wollen alles, Zeitschrift, 3 und 10/1973

– Links, Sozialistische Zeitung, 42, 44/1973, 54/1974

– Häuserrat Frankfurt (Hg.): Wohnungskampf in Frankfurt, München 1974 ■

Occupation d'immeuble et grève de locataires

Propos sur l'auto-organisation de la population citadine à l'appui de l'exemple de la République Fédérale d'Allemagne

Par Adalbert Evers et Juan Rodriguez-Lores

Les discussions sur la question du logement accompagnent l'évolution de toutes les sociétés industrialisées et capitalistes. Quel que soit le nombre des moyens de réforme sociale inventés et appliqués par un Etat, et quelle que soit l'étendue des lois protégeant les locataires imposées par les partis ouvriers et les syndicats à la politique gouvernementale en vue d'éliminer la pénurie du logement, il se révèle actuellement en République Fédérale d'Allemagne (RFA) que la question du logement est l'un des plus importants points de cristallisation des conflits sociaux. L'auto-organisation coopérative s'est, en effet, révélée inapte en RFA: les entreprises «d'utilité publique» et syndicales n'ont pu prendre une place importante dans la production de logements qu'en s'adaptant aux lois régissant le marché et à la politique commerciale traditionnelle des entreprises habituelles.

La signification particulière de la question du logement et les bases objectives de la question

Le logement en tant que valeur d'usage, en tant que logement locatif, du moins pour la majeure partie de la population, en tant qu'objet de ses intérêts sociaux, est l'un des éléments les plus importants, et indispensables par-dessus le marché, de toute manière de vivre. Pour les propriétaires fonciers, les financiers et les producteurs, ce même logement représente une valeur d'échange; le logement est alors l'objet d'intérêts privés, limités ou concurrant à la réalisation de rentes, profits, bénéfices et intérêts rapportés sur le terrain et les capitaux investis. C'est dans ces destinations contradictoires que se trouve la véritable signification du problème du logement. Au cours des dernières années, la fonction «habiter» est certes devenue la plus importante composante de renchérissement pour une grande partie de la population de la RFA:

a) Les *prix des biens-fonds privés* n'ont pas seulement augmenté en flèche à proximité immédiate des centres urbains.

b) Dans le secteur de la *production immobilière* l'industrialisation est restée très basse dans la quasi-totalité des pays capitalistes; l'évolution de la productivité du travail est restée inférieure à la moyenne, ce qui a entraîné des augmentations de prix supérieures à la moyenne pour le produit «logement».

c) Le crédit accordé par le *capital bancaire*, que ce soit sous forme de crédit réel à long terme ou de crédit de transition à court terme, joue un rôle particulier dans le financement de la production immobilière et donc des immeubles locatifs; si un tel crédit atteint, comme en RFA, les 60 à 80 pour cent de la somme totale de financement, les moindres augmentations du taux d'intérêt sur le crédit accordé par capital bancaire se répercutent fortement sur le montant du loyer.

C'est au moment où les logements bon marché manquent et où les loyers de la majeure partie de la production immobilière locative sont inabordables qu'on procède à la destruction «en masse» de logements bon marché au cours de l'évolution urbaine de nos jours: de vieux logements à loyer modéré tombent sous le coup de campagnes «d'assainissement», tandis que l'expansion des sièges bancaires et commerciaux au centre des villes incite toujours plus les propriétaires immobiliers et fonciers à faire dépérir le nombre des logements et, enfin, à démolir le ou les immeuble(s) dès que l'augmentation de la rente foncière liée aux avantages de l'emplacement dépasse les possibilités d'augmentation du loyer de ces logements. Des centres d'achat et des immeubles administratifs ou commerciaux se substituent alors aux surfaces habitables bon marché au cours de cette première phase de «l'assainissement» qui n'est qu'un «assainissement d'affaiblissement de fonctions» avec ou sans l'aide d'un plan gouvernemental d'assainissement. Les dissolution et destruction actuelles de vieilles structures urbaines forment en même temps le processus de concentrations massives des habitants: processus de ségrégation des quartiers résidentiels d'une part et des grandes surfaces occupées par les immeubles locatifs d'autre part. Ce n'est donc pas par hasard que les premières formes autonomes de résistance naissent dans les quartiers locatifs régis par les grandes entreprises et dans les quartiers dits malsains.

Formes de la lutte pour les loyers et les logements en RFA
Problèmes et perspectives

Les âpres controverses soulevées en RFA et dans d'autres pays au sujet des loyers et des logements depuis les années 1965 ne représentent qu'une partie des initiatives citadines. Parmi les campagnes lancées dans ce contexte, citons celle contre la dépravation de la qualité de vie dans les conditions imposées par l'évolution urbaine actuelle et celle contre le renchérissement et l'aggravation de la reproduction de main-d'œuvre par les transports publics. La lutte pour les loyers et les logements fut la plus explosive là où la destruction d'espaces habitables prévue par un «assainissement urbain» présentait les signes les plus manifestes de l'irrationalité du développement urbain actuel et là où de telles mesures provoquèrent des conditions analogues et un profond désarroi dans un grand quartier homogène. Nous traiterons par la suite du cas de la ville de Francfort.

En octobre 1970, des étudiants prennent la défense des familles logées dans des colonies pour sans-abri et celle des travailleurs étrangers parqués dans des espaces exigus, malsains et chers. On occupe un immeuble. L'évacuation d'un immeuble occupé plus tard par des étudiants et la chaîne de nouvelles occupations d'immeubles par des étudiants et des ouvriers étrangers depuis la fin de l'année 1971, d'une part, et la contre-violence croissante des autorités, d'autre part, ont découvert de nouveaux *moments objectifs* dans la lutte pour les logements:

- les luttes pour le logement sont des négations directe et indirecte de l'actuelle organisation de la ville et des structures économiques, sociales et politiques des pouvoirs caractérisant la ville;
- le montant les loyers, tout comme d'autres, fait l'objet de disputes citadines, et fait partie des frais de reproduction de la main-d'œuvre.

Si la question du logement contraint quelqu'un à défendre tout seul ses intérêts, par exemple, par le refus de payer le loyer, les moyens effectifs et légaux d'imposer ses propres intérêts sont minimes. Le logement locatif ne fait pas l'objet d'une lutte sociale, mais d'une affaire dont les conditions sont nettement définies. S'il y a un différend entre les «parties contractuelles», l'Etat joue immédiatement le rôle d'arbitre en vertu des règlements juridiques. Il s'ensuit que le refus de payer le loyer et l'occupation d'un immeuble se retrouvent autrement ou, du moins, dans une dimension différente beaucoup plus rapidement que le refus de travailler et l'action d'occupation d'une fabrique dans un rapport incertain avec la légalité, quasi à ses frontières, voire au-delà de celles-ci.

Bien que les montants du loyer et du salaire, les lieux de travail et d'habitation, ainsi que les conditions de travail et de logement soient logiquement et vitalement liés entre eux, ces rapports n'ont pas encore été mis à profit par les masses ouvrières au moyen d'actions concertées. Ni ces masses ni les organisations syndicales n'ont pris une part dominante sur la question des loyers et des espaces habitables.

A Francfort comme en d'autres villes, les grèves de locataires et les occupations d'immeubles furent toujours des actions spontanées, des actions toujours menacées d'être déplacées dans les zones marginales de la légalité.

Problèmes et perspectives

Il faut tout d'abord constater que les luttes décrites plus haut, prises sous le rapport de leur but immédiat: soit un loyer plus bas et le droit au logement, se sont presque toujours soldées par un échec. Dans la majorité des cas, dans lesquels des groupes ou des familles se sont mis en grève, et plus précisément dans 145 cas sur 150 à Francfort, la justice s'est prononcée en faveur des propriétaires. En observant l'escalade de la violence, on remarque surtout la stratégie courante de la transgression consciemment exemplaire des frontières légales valides. Certains groupes politiques ont tenté de se mêler dans la dispute, de radicaliser oralement leur mouvement et de monter ces grèves et d'autres aspirations en une affaire politique: il n'en résulta qu'une cassure entre les buts effectifs de la lutte et l'idée que de nombreux individus se font des buts objectifs de cette lutte. Il est évident que ceci eut des conséquences négatives pour le mouvement dans son ensemble.

Il serait cependant trop simple et superficiel d'attribuer la responsabilité de certaines formes de la résignation et de l'échec dans la poursuite des buts immédiats à la seule militarisation des conflits. En effet, l'autre point de vue «entreprendre la lutte et articuler les intérêts de la population en formant de nouveaux groupes dans les quartiers en réunissant tous les groupes existants pour former un forum d'ensemble» n'a nullement aidé ses représentants (les conseils d'immeuble) à former une structure organisée jusque dans ses moindres détails, une structure qui aurait eu pour but de coordonner la lutte dans toutes ses phases et de l'amplifier.

Un autre problème qui n'a pas été résolu consistait à surmonter le caractère sectoriel du mouvement: dans ses formes actuelles, le mouvement n'a en effet abouti ni à une alliance, ni à une collaboration, ni même à une prise de position distincte des organisations ouvrières.

Nous osons supposer que la lutte pour les loyers et les logements, qui ne se fait que dans l'ombre et aux bords extrêmes de la légalité, ne peut s'amplifier perspectivement qu'à condition de la fonder sur les masses. Ceci revient à dire concrètement qu'il ne faudrait choisir parmi les occasions, formes et buts de manifestation que ceux ou celles qui, remplaçant l'alternative de l'action exemplaire et de la solidarité passive, permettent au plus grand nombre de gens d'agir simultanément.

Pour ce qui est des motivations d'action, cela veut dire qu'il faut les choisir de manière qu'il y ait un problème commun à beaucoup de manifestants. L'augmentation du loyer dans un grand quartier prend sensiblement plus de poids que la démolition d'un petit nombre de logements. Quant aux formes d'action, cela signifie: l'exigence de pourparlers avec les sociétés propriétaires, l'influence sur les parlements communaux, la participation à la pratique de planification urbaine de la bureaucratie communale, sont souvent victimes des illusions réformatrices dès leur début. Quant aux buts, c'est dire qu'ils doivent être très simples et d'un effet unissant les démonstrateurs. La méthode et l'exigence du maintien des espaces habitables y sont plus importantes que tout plan d'assainissement de quartier touchant d'infimes détails de plan de coupe et de façade basés sur des moyens juridiques et financiers, aussi compliqués qu'incompréhensibles au commun des mortels.

(Abrégé traduit par: J.-P. Bendel) ■

Hilfe für Frankfurt

Me. Daß die Stadt Frankfurt Hilfe gegen den Terror brauche, hat schon im vergangenen Frühjahr an dieser Stelle gestanden. Nach einem abermals blutigen Wochenende sind endlich einige Anzeichen zu erkennen, daß mit ernsthafterem Nachdenken begonnen worden ist, wie ihr geholfen werden könnte. Vor allem hat Bundesinnenminister Genscher jetzt den Terroristen die Anerkennung als „Demonstranten“ entzogen, mit der sie sich auf ein demokratisches Grundrecht berufen konnten — wie unberechtigt auch immer. Denn nicht einmal das Wort „Krawall“ reicht noch aus, um ihre wüsten Gewaltakte gegen die Sicherheit der Bürger und die Garanten dieser Sicherheit, die Polizei, begrifflich zu decken. Genscher sieht es richtig, es handelt sich beim Frankfurter Terror um zielbewußte Angriffe auf den Rechtsstaat. Ermannen sich nun die Verantwortlichen?

Beim entschlossenen Vorgehen gegen Brutstätten des Terrors brauchte das besondere Frankfurter Syndrom kein Hindernis zu sein: daß revolutionäre Stoßtrupps ein festes Bündnis sowohl mit Studentenvertretern der Universität wie mit vergleichsweise unmotivierten Schlägerbanden aus dem Umland eingegangen sind. Gemeinsames kriminelles Handeln ist nicht milder zu bewerten, wenn die Täter nach Motivation und gesellschaftlicher Zusammensetzung heterogen sind. Auch ist nicht notwendigerweise ein undemokratischer Übergriff, daß sich ein gewählter Studentenausschuß-Vorsitzender in Polizeigewahrsam befindet; es kann ein allzuspät nachgeholtes Versäumnis sein. Und die jetzt erstmals angestellten Überlegungen, wie viele öffentliche Mittel einer Universität, einer Stadt, eines Bundeslandes, der ganzen Bundesrepublik bisher dazu gedient haben, zuerst einfache Rechtsbrüche, danach „Gewalt gegen Sachen“ und schließlich revolutionären Terror zu finanzieren, hätten schon eher angestellt werden müssen.

Immerhin dämmert es jetzt. Der hessische Innenminister will bei der Genehmigung von Demonstrationen „schärfere Maßstäbe“ angelegt sehen. In Frankfurt wird hoffentlich für geraume Zeit nicht einmal Demonstrieren für schönes Wetter erlaubt werden. Die hessische Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei will in Frankfurt tagen und sich mit der Lage der Stadt befassen: Sie wird hoffentlich Manns genug sein, die Teilverantwortung südhessischer Parteiorgane für [illegible] diese Lage zu erkennen und beim Namen zu nennen. Die Landtagswahl im Herbst und die sozialdemokratische Sorge vor ihr gibt den Bürgern eine Chance.

Aus «FAZ» vom 4. 3. 74